

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie

Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 33

Berlin, den 18. August 1928

3. Jahrgang

Vollzogene Änderungen.

In Gesprächen äußern Arbeiter und Arbeiterinnen vielfach: Bei uns ist es noch wie früher. Wir werden noch genau so vom Unternehmer gebrüht und ausgebeutet. Der Lohn bleibt auch weiter unzureichend. Die Revolution hat uns eigentlich gar nichts gebracht. Diese Lebensarten sind zum Teil wahr, zum Teil auch falsch. Vieles ist anders geworden, vor allem im Verhältnis des Arbeiters zum Unternehmer, zum Staat und zur Wirtschaft. Die Veränderungen machen sich nur für den Einzelnen noch nicht so fühlbar, weil sie vielfach noch in den Anfängen stehen, weil das Neue sich in seiner vollen Tragweite noch nicht auswirken konnte. Seine Entfaltung war noch nicht möglich.

Wie sich die Dinge für die Arbeiterklasse umgestaltet haben und wie sich im Kapitalismus, der gegenwärtigen Wirtschaft, die Umwälzungen vollzogen, behandelte auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Brüssel der deutsche Wirtschaftskorrespondent Genosse Kaphtali. Er kennzeichnete die Veränderung der großen Geschehnisse folgendermaßen:

„Zehn Jahre nach dem Kriege haben wir die Möglichkeit, zu unterscheiden zwischen denjenigen Veränderungen in der Weltwirtschaft, die vorübergehende Kriegswirkungen waren, und denjenigen, die einen Wandel der Struktur des wirtschaftlichen Lebens bedeuten. Die Hoffnung mancher von uns nach dem Kriege, daß der Kapitalismus sein Ende erreicht habe, war irreführend. Der Kapitalismus ist noch sehr lebendig, aber wir dürfen auf der anderen Seite nicht verkennen, daß es nicht mehr der gleiche Kapitalismus wie früher ist. Heute existiert die freie Konkurrenz auf den entscheidenden Gebieten des Kapitalismus überhaupt nicht mehr und es kann nicht mehr behauptet werden, daß in der kapitalistischen Wirtschaft eine Harmonie herrsche. Die freie Beweglichkeit der kapitalistischen Wirtschaft ist nicht nur durch ihre eigene Monopolorganisation eingeengt worden, sondern auch die gewerkschaftliche und politische Macht der Arbeiterklasse hat zur Umbildung des kapitalistischen Wirtschaftssystems entscheidend beigetragen. Die kollektiven Arbeitsverträge, wie sie die Gewerkschaften in weitem Umfang durchgesetzt haben, schränken bereits entscheidend die Freiheit des Arbeitsmarktes ein. Dazu kommt die Arbeitslosenversicherung. Wir haben sie heute außer England und in Deutschland noch in 15 anderen Ländern, und wir hoffen, daß in ihrem Ausbau eine wesentliche Möglichkeit für den Umbau der Wirtschaft liegt. Wenn Marx den Übergang zum Sozialismus den Sieg eines Prinzips nannte, so dürfen wir heute mit mindestens dem gleichen Recht die Durchsetzung der Arbeitslosenversicherung als Sieg eines Prinzips, dessen Träger die Sozialisten sind, bezeichnen.“

Die Veränderungen in der Struktur des Kapitalismus bedeuten nicht eine Verringerung des Kampfes, den die Arbeiterklasse zu führen hat. Wir haben auf der einen Seite die sozialpolitischen Forderungen, besonders die Arbeitslosenversicherung und auf der anderen Seite die Forderung zu erheben, die Monopolorganisation der Kontrolle der Internationalen zu unterwerfen. Dabei sehen wir, daß die kapitalistische Monopolorganisation nicht nur in Widerspruch gerät zu den Interessen der Arbeiterklasse und der Konsumenten, sondern daß sie auch zu Interessenkämpfen innerhalb der nationalen Gruppen führen kann. Wenn auch die Arbeitskämpfe in den einzelnen Ländern geführt werden, so ist es doch notwendig, diese in internationalem Rahmen zu führen, denn die internationalen Zusammenschlüsse gewinnen dauernd an Macht. Besonders stark ist die internationale Verflechtung in der Kunstseidenindustrie und Delgawinnung aus Kohle, bei der, noch bevor die erste Tonne künstlichen Oels in Deutschland produziert war, eine Verständigung über die Marke mit den amerikanischen Delproduzenten vorlag. Gegenüber der internationalen Verflechtung müssen wir nach Organen der internationalen Kontrolle und Einwirkung suchen. Wir sehen einen Anlauf zur Bildung solcher Organe in Verbindung mit dem Völkerbund entstehen. Wir halten das aber für ganz unzulänglich. Wir glauben, daß die Interessen der Arbeiterklasse in den Völkerbundorganen ungenügend vertreten sind. Aber wir begnügen uns nicht mit der Unzulänglichkeit, sondern wir erheben die Forderung, daß die Sozialistische Internationale an der internationalen Wirtschaftsorganisation beteiligt sei und ein entscheidendes Wort bei der internationalen Wirtschaftskontrolle mitzusprechen habe. So gehen wir aus der Erkenntnis der Wandlungen der kapitalistischen Wirtschaft in die kommenden Kämpfe, die nicht leichter, sondern noch schwerer sein werden als bisher. Es ergibt sich aber auch für uns, alle Einzelkämpfe auf wirtschaftspolitischen Gebieten einzeln zu führen in das große Bild der sozialistischen Zukunft, das wir noch fern, aber doch schon erkennbar sich in der Wirtschaft abzeichnen sehen. Wir konzentrieren unsere Kämpfe auf die Forderungen, die sich aus der Umgestaltung des Kapitalismus für uns ergeben und die wir zusammenfassen in den Ruf: Nationen an Stelle der Trusts, Gemeinshaft der Nationen an Stelle der internationalen Konzerne.“

Diese Hinweise zeigen uns, daß es tatsächlich nicht mehr so ist wie vor vierzehn Jahren, daß sich tatsächlich große Veränderungen vollzogen. Das Tarifwesen, das Betriebsratgesetz, die Schlichtungsordnung, die Arbeitsgerichtsbarkeit, der Reichswirtschaftsrat, die geänderte Verfassung und damit die Erweiterung der demokratischen Rechte, der Mitbestimmung an den Dingen, sind solche Neuerungen, die wir wohl kaum mehr missen möchten. Sie sind für die Arbeiterklasse nicht mehr entbehrlich als Waffen im Kampf um die Höhe der Löhne. Sie reichen aber noch nicht aus. Sie sind ungenügend. Wir brauchen noch andere und müssen sie uns mit den gegenwärtig zur Verfügung stehenden Mitteln schmeiden und nach unseren Wünschen gestalten. Diese Tätigkeit muß täglich vollbracht werden. Damit werden wir entwicklungsstark und umgestaltend, ändernd. Je mehr wir dabei unser Handeln lebendig gestalten, desto besser ist es für die Arbeiterklasse.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) ist im Steigen begriffen. Die Indexziffer für den Monat Juli zeigt eine Erhöhung von 0,8 v. H. Da auch im Monat Juni bereits eine nicht unbedeutende Erhöhung erfolgte, so muß dies als eine Teuerungsercheinung angesehen werden. Wenn wir uns die Entwicklungen der letzten Monate vor Augen führen, so bekommen wir folgendes Bild: Die Indexziffer für die Lebenshaltungskosten betrug im Januar 1928 150,8, im April 150,7, im Mai 150,6, im Juni 151,1, im Juli 152,6. Die Indexziffer ist also in zwei Monaten um rund zwei Punkte in die Höhe gegangen. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen im Juli: Ernährung 151,1, Wohnung 125,7, Heizung und Beleuchtung 144,2, Bekleidung 170,5, sonstiger Bedarf einschließlich Verkehr 188,0. Es ist notwendig, daran zu erinnern, daß die Indexziffer für die Lebenshaltungskosten nicht alle notwendigen Ausgaben erfaßt, sondern beispielsweise Steuern, soziale Abgaben usw. unberücksichtigt läßt. Nebenfalls gilt es, die Entwicklung der Teuerungsvhältnisse im Auge zu behalten.

Gründung einer deutsch-amerikanischen Industriebank.

Die Gründung internationaler Finanzinstitute macht immer weitere Fortschritte. In der Vorkriegszeit hat man das nicht so beobachtet können. Jetzt bestehen zahlreiche Finanzgesellschaften, sagen Investment Trusts, die sich zur Aufgabe machen, gegen Übernahme von Effekten ausländische Kredite zu übermitteln. Seit längerer Zeit wird bereits zwischen amerikanischen und deutschen Banken über die Gründung einer großen deutsch-amerikanischen Industriebank verhandelt. Das neue Institut soll mit einem Aktienkapital von 20 Millionen Reichsmark ausgestattet sein. Es will seine weiteren Mittel dadurch beschaffen, daß es Bonds ausgibt und diese in Amerika zur Zeichnung auflegt. Aufgabe der Bank soll es sein, die deutsche mittlere und kleinere Industrie, sowie Handels- und Verkehrsunternehmen mit langfristigen Anlagengeldern zu versorgen. An führender Stelle steht die International Germanic Trust Co., New York, die in Berlin eine Geschäftsstelle unterhält. Auch die neueste Gründung dient dazu, das Netz der internationalen Kapitalverschachtelung enger zu gestalten.

Nicht nur im Lager der Arbeiter ist das Bestreben vorhanden, sich mehr und mehr den Verhältnissen anzupassen, seine Kräfte mehr zusammenzuschließen, sich stärker zu machen, sondern auch bei den Kapitalisten. Sie sind besonders rührig. Im letzten Wirtschaftsbericht der Diskonto-Gesellschaft wird festgestellt, daß die Konzentration der Betriebe und Unternehmungen gerade in den letzten Wochen mit erneuter Macht einsetzt. Die Maschinenindustrie, die Textilindustrie, die Uhrenindustrie, das Mühlengewerbe, die Brauindustrie, die Chemische Industrie, der Schienenbau, die Schwerindustrie bieten Beweise dafür, wie sich die Konzentrationstendenzen neu befestigt. Die Formen der Zusammenfassung bewegen sich mannigfaltig, aber die Zusammenschlüsse horizontaler Art überwiegen durchaus.

Daneben fest sich, unbeeinträchtigt und unbehindert, die internationale Zusammenfassungsbewegung fort. Es vergeht kaum eine Woche, wo nicht der Abschluß einer internationalen Interessengemeinschaft oder eines Kartells perfekt wird. Die Verflechtungen der europäischen Wirtschaft, werden immer inniger: eine entscheidende Stabilisierung eines internationalen verarbeitenden Großkapitalismus setzt sich durch, selbst in kleinen Industrien, wie kürzlich das Zusammengehen der Stahl A.-G., der Stahlfabrik Magnesia A.-G. mit der Stearite and Porcelain Products Limited in England erwies. Der Wirtschaftsrat des Völkerbundes, der auf Grund der Empfehlung der Weltwirtschaftskonferenz gebildet wurde, hat auf seiner ersten Tagung im Mai dieses Jahres auch über die internationale Wirtschaftsverflechtung einiges gesagt. Neben den Punkt-industriellen Verständigungen sehen wir in den Vorschlägen: „Es handelt sich um Kartelle und Trusts, die schon vor dem Kriege am Werke waren und in den letzten Jahren eine ganz betrübliche Entwicklung genommen haben: von Preisverständigungen und Marktabgrenzungen führten sie bis zu den ausgeheultesten Interessengemeinschaften. Diese arbeiten auf nationalem und internationalem Boden, und es kommt ihnen sowohl für die gesamte Produktion als für deren Verteilung eine große Bedeutung zu.“

In der Wirtschaft haben sich die Dinge also auch gewandelt. Nur wollen die Verantwortlichen in den kapitalistischen Ländern das noch nicht einsehen, wenigstens sträuben sie sich, die richtige Nutzenwendung aus dem Lauf der Dinge zu ziehen und entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Damit die Entwicklung in Fluß bleibt, damit die angebahnten Neuerungen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Art nicht in den Anfängen stecken bleiben, wollen wir als Arbeiter stets betonen, daß es anders wurde und noch anders werden muß. Anders werden muß es aber auch bei uns, im eigenen Lager. In der Konzentration sind uns die Arbeitgeber noch voraus. Ihren vielfachen, miteinander verbundenen Organisationen müssen ebenso starke, wenn möglich noch härtere Organisationen der Arbeitnehmer gegenüberstehen. Dem geeinten Widerstande der Unternehmer gegen den Ausbau der sozial- und wirtschaftspolitischen Errungenschaften müssen wir den geeinten Willen der Arbeiterklasse entgegensetzen. Auf dem Wege zu der Verbesserung und zum Ausbau dieser von den Gewerkschaften erkämpften Einrichtungen haben uns die letzten Reichstagswahlen ein gutes Stück vorwärtsgebracht. Und wir wollen nicht dabei stehen bleiben. Nur nicht rückschrittlich sein, sondern vorwärts treiben, anregen, drängen in der Wirtschaft, im Staat, in der Gesellschaft, auch im Kampf der Arbeit mit dem Kapital. G. A.

Ergebnis der Rationalisierung im Urteil der Banken.

Ziel der Wirtschaftsumstellung und Verbesserung der Produktionsbedingungen, was wir allgemein unter dem Schlagwort Rationalisierung zusammenfassen, sollte letzten Endes eine Senkung der Preise, und somit eine Verbetterung der Produktionsgrundlage sein. Eine Rationalisierung, die lediglich die Produktionsbedingungen verbessert; auf der anderen Seite aber die Preise in die Höhe treibt, also Kaufkraft erschlägt, anstatt solche zu erzeugen, ist wirtschaftsfeindlich und muß abgelehnt werden. Daß die Wirtschaftsumstellung in Deutschland nicht das gebracht hat, was man allgemein erwartete, ist bekannt. Recht treffend betont der Wirtschaftsbericht der Diskonto-Gesellschaft vom 1. August das Fiasco der Rationalisierungsbewegung:

„Es verdient immer wieder hervorgehoben zu werden, daß der viel besprochene Prozeß der Rationalisierung doch nicht nur darauf hinaus ging und hinaus geht, unsere technischen Produktionseinrichtungen dem höheren Stande der ausländischen Wettbewerbsländer anzupassen. Daneben stand bei allen vorgenommenen technischen und organisatorischen Neuerungen, Umformungen und Vereinfachungen immer als Ziel die Erreichung einer Produktionsverbilligung vor Augen, die zu Preisherabsetzungen und durch diese wieder zu einer Vergrößerung der Produktion und der Umsätze führen sollte.“ Dann wird angeführt, daß das Gegenteil eingetreten ist. Der Großhandelsindex für industriell hergestellte Konsumgüterwaren betrug im Jahresdurchschnitt 1926/27 154,3, und im Juli dieses Jahres 176,2. Der Bericht der Diskonto-Gesellschaft fährt dann fort: „Die Erhöhung des Gesamtpreisniveaus ist hauptsächlich auf Preissteigerungen innerhalb der industriellen Produktion und an den industriellen Märkten zurückzuführen. Mit Bezug auf das Problem der Rationalisierung ergibt sich aus dieser Entwicklung die Folgerung, daß wirtschaftliche Erfolge auf diesem Gebiet, soweit ihre Erzielung in Gestalt von Preisverbilligungen zulage treten sollte, bisher überhaupt nicht erzielt worden sind.“

Sicher sehr treffende Wahrheiten, die besonders bemerkenswert sind, weil sie von solcher Stelle kommen. Die Diskonto-Gesellschaft führt das Missergebnis der Rationalisierung allerdings auf die Steigerung der Löhne und öffentlichen Kosten zurück. Eine Behauptung, hinter der wir ein großes Fragezeichen setzen.

14. Sitzung des Bundesausschusses des ADGB.

Der Bundesausschuß des ADGB begann in der 14. Sitzung am 30. Juli seine Arbeiten mit der Beratung einer Entschließung über die

Anerkennung der Berufskrankheiten als entschädigungspflichtig im Sinne der Unfallversicherung. Die Entschließung wurde nach einer Erläuterung ihres Zwecks durch den Vorsitzenden, Genossen Leipart, und kurzer Debatte einstimmig angenommen. Sie lautet:

„Von den zahlreichen Berufskrankheiten, die als Arbeitsrisiko in gleicher Weise wie Unfälle das Leben und die Gesundheit der Arbeiterschaft bedrohen, sind nur 11 durch Verordnung des RM vom 12. Mai 1925 als entschädigungspflichtig anerkannt und in die Unfallversicherung einbezogen worden. Obwohl der Sozialpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats nach eingehender Vernehmung von Gutachtern zehn weitere Berufskrankheiten (darunter die Vergiftungen durch Schwefelwasserstoff, Kohlenoxyd, Mangan, gewerbliche Hautkrankheiten, Taubheit und Schwerhörigkeit in Fabrikbetrieben, Erkrankungen durch Reklutierwerkzeuge und Staublungenentzündungen in der Steinindustrie, im Bergbau und in der Metallindustrie und in Thomasstaßfabriken) zur Aufnahme in die genannte Verordnung empfohlen hat, ist die Gleichstellung dieser Berufskrankheiten mit den entschädigungspflichtigen Unfällen noch nicht erfolgt.“

Der Bundesausschuß des ADGB erwartet vom Reichsarbeitsminister die Erweiterung der Verordnung vom 12. Mai 1925 zunächst um diejenigen Berufskrankheiten, die der Reichswirtschaftsrat zur Gleichstellung mit den Unfällen empfohlen hat. Darüber hinaus fordert der Bundesausschuß die Anerkennung aller Krankheiten, die überwiegend durch Berufsarbeit verursacht sind, als entschädigungspflichtige Berufskrankheiten.

Ferner erwartet der Bundesausschuß, daß auch die Durchführung der Verordnung den berechtigten Interessen der Versicherten Rechnung trägt, wie es in einer Eingabe des Bundesvorstandes am 28. Oktober 1927 den zuständigen Regierungsstellen gegenüber zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Vergütung der Berufskrankheiten vor den Versicherungsämtern durch Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften und wirtschaftlich vom Unternehmer abhängige Fabrikärzte hat nachweislich Mängel gezeigt. Es sollen daher bei der zur Durchführung der Verordnung nötigen Vergütung in erster Linie beamtete Ärzte, die die nötigen Sachkenntnisse besitzen, herangezogen werden. Diese erscheinen durch ihre amtliche Stellung, die für ihre Objektivität und Freiheit von wirtschaftlichen Interessen bürgen muß, geeignet, das notwendige Vertrauen der Arbeiterschaft zu der genannten Verordnung wieder herzustellen.“

Die Sitzung war vornehmlich einberufen worden, um die dem Hamburger Gewerkschaftskongress vorzulegenden Entschließungen und Anträge zu beraten. Insbesondere waren, führte Leipart, die Erörterungen hierüber einleitend, aus. Vorarbeiten nötig zur Klärung des Begriffs der Wirtschaftsdemokratie und zur Erkämpfung der Rechte und Möglichkeiten in ihrer Durchführung. Da die

„Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“

der wichtigste Beratungsgegenstand des Kongresses sein werde, müßte diese Frage auch vom Ausschuss vorläufiglich behandelt werden.

Nachdem auf dem Dresdener Gewerkschaftskongress zum ersten Male das Problem der Wirtschaftsdemokratie angeschnitten worden war, führte Raphael aus, ist die Diskussion darüber nicht verstimmt. Aber es zeigte sich bald, daß von dem Dresdener Gewerkschaftskongress zwar eine Fülle von Anregungen ausgegangen ist, daß aber die Klarheit über das Wesen der Wirtschaftsdemokratie, über die Stellung, die ihr innerhalb der Theorie und der Praxis der Arbeiterbewegung zukommt, im besonderen auch über ihr Verhältnis zum Sozialismus, noch in weitem Umfange fehle.

Die Demokratisierung der Wirtschaft kommt praktisch zum Ausdruck in einer ständig verstärkten Durchdringung eines Gemeininteresses gegenüber dem Privatinteresse, in der Einschränkung der Alleinherrschaft der Unternehmer durch die Verfassung über die Produktionsmittel, bei überall der Gedanke der Mitbestimmung gegenübertritt und schließlich in der Tendenz zur Schaffung einer neuen Verteilungsordnung, die vor allen Dingen im Ausbau der Sozialversicherung seinen Ausdruck findet.

Leipart bemerkt zu dem Referat Raphaelis, wichtig sei, daß die Untersuchung über die Frage des Ergebnisses gebracht habe, daß Demokratisierung der Wirtschaft kein Schlagwort sei, welches lediglich Hoffnungen erwecke, sondern eine konkrete Gegenwartsaufgabe.

Zu der Dis- wurde anerkannt, daß die vorbereitenden Arbeiten über die Wirtschaftsdemokratie einen erheblichen Fortschritt in der Klärung dieses Begriffes geschaffen haben.

Zur Beratung stand sodann die Entschliessung zur Frage der Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der Sozialen Gesetzgebung.

Herrmann Müller erläuterte den vorliegenden Entwurf zu dieser Entschliessung. Die Selbstverwaltung bestimme nur in der Krankenversicherung, aber nicht in der Unfallversicherung. In der Reichsversicherung wird dagegen eine maßgebende Beteiligung der Arbeitnehmer an der Leitung aller Zweige der sozialen Versicherung in Aussicht gestellt.

Bildungsaufgaben der Gewerkschaften.

Otto Heßler, der Bildungssekretär des Bundes, bemerkte hierzu erklärend, daß auf die Aufstellung konkreter Forderungen für das Volksschulwesen und das Berufsschulwesen nicht verzichtet werden könne.

Herner lagen dem Bundesauschuss Entwürfe zu Entschliessungen vor, die von der Arbeitsmarktpolitik handeln und Forderungen zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsaufsicht sowie zum Jugendschutz erheben.

Die Beratung der vom Bundesvorstand vorgelegten Entwürfe war damit erledigt. Vom Bundesauschuss wurden sodann noch einige weitere Anträge, die den Gewerkschaftskongress beschäftigen werden, verberaten.

Grundsteinlegung zur Bundesschule in Bernau.

Mit der Feier der Grundsteinlegung wurde am Sonntag, dem 29. Juli, die Arbeit zur Verwirklichung des Planes der ersten Bundesschule dem schöpferischen Handwerk zur weiteren Förderung übergeben.

Auf dem Marktplatz sammelten sich die Jüge der Organisationen und Gruppen mit Bannern und Fahnen, und von der Freitreppe des Rathauses der alten Stadt begrüßte der Bürgermeister Dr. Gerike die Demonstranten als Gäste von Bernau.

um im sorgenvollen Einerlei des Alltags Schwung und Zuberlicht nicht zu verlieren. Neben den Vertretern der Gesamtbevölkerung der Stadt trat der Genosse Sasse vom Friseurhandwerk, der die Versammelten im Namen der organisierten Arbeiterschaft von Bernau willkommen hieß.

Dann schritt der lange Zug der Teilnehmer zum Marktplatz, voran die Jugend mit wehenden Fahnen. Voran mußte der Bläser von der Staatsoper und Lieber des Gesangsvereins der Berliner Buchdrucker „Typographia“ leiteten die Feier ein.

Die Schule soll nicht nur Lern-, sie soll auch Lebensstätte sein. Mit einem von den in weitem Umkreise versammelten Teilnehmern übereinstimmend aufgenommenem Hoch auf die Zukunft der deutschen Gewerkschaften schloß Leipart die Rede.

Die Unternehmern und die sogenannte Gewerkschaftsopposition führen bekanntlich in trauriger Gemeinschaft einen erbitterten Kampf gegen die staatliche Schiedsgerichtsbarkeit, vor allem gegen das Wirken der Schlichter und gegen die staatliche Einwirkung bei Wirtschaftskämpfen.

Die Gewerkschaften nehmen eine andere Stellung in dieser Frage ein. Sie befürchten weder ihren Charakter als Kampforganisation zu verlieren, noch leben sie die Monopolstellung im Wirtschaftskampf als schon errungen an, von der die Unternehmer reden.

Eine Besprechung über das Schlichtungswesen.

Die Unternehmern und die sogenannte Gewerkschaftsopposition führen bekanntlich in trauriger Gemeinschaft einen erbitterten Kampf gegen die staatliche Schiedsgerichtsbarkeit, vor allem gegen das Wirken der Schlichter und gegen die staatliche Einwirkung bei Wirtschaftskämpfen.

Man darf dem Ergebnis dieser Besprechung mit Interesse entgegensehen. Die Bedeutung der strittigen Fragen ist nicht von der Hand zu weisen.

Wandernde Arbeiter an der belgischen Nordseeküste.

Am späten Nachmittag eines heißen Julitages erreichten wir, von Brügge kommend, auf unseren Lindlar-Fahrrädern das Nordseebad Blankenberghe. An beiden Seiten der Sandbühnen befinden sich teilweise noch gut erhaltene Zementbauten (Wälder), die im Kriege als Unterstände für Geschütze und Maschinengewehre dienten.

Ich selber ging der Strand entlang nach Knocke. Nur mit einer Sporthose bekleidet, halbierte ich zwischen den Badegästen, wobei ich mich mit ihnen unterhalte, warum ich wohl so angehaunt wurde.

Banken, daß diese Kreise von sich behaupten, die Elite der Menschheit zu sein. Solange es noch Leute gibt, die es glauben, mögen sie „recht“ haben.

Der Weg am Nachmittag führte über Ostende-Mienport. Wir besahen uns inmitten des ehemaligen Kriegsgebietes: die Häuser sind neu erbaut, die Felder wieder bestellt, nur die Düne ist fast wie im Kriegszustand geblieben.

„Chren“ der Gedankenstein auf hoher Düne steht. Ebenso allberer, deren Gebeine im Sande verstreut gleichen. Ob sie nicht alle auf die Erde und den ehrenden Heldentod verzichtet und lieber froh durchs Leben schreiten würden?

Menschenseele.

Draußen scheint leuchtend die Sonne. Der Himmel ist wolkenlos. Kein Lüftchen regt sich. Doch der andere Tag bringt vielleicht Wetter und Wind und Sturm, und wolkenverdeckt ist die Sonne.

Und so ist der Mensch, der unwidrigste, natürliche Mensch. Er liebt mit der ganzen Blut einer feurigen Seele und stemmt sich voll Empörung gegen das Dasein an.

Kelchfrüchte.

Wenn der Industrielle seinen Umsatz nicht vergrößern kann, kann er seine Produktion nicht vergrößern. Wenn er seine Produktion nicht erhöhen kann, kann er seine Betriebsauskosten nicht verringern.

Jugendleiterkonferenz der Gewerkschaften.

Im Laufe der Zeit haben sich innerhalb des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Zusammenkünfte der Sachbearbeiter für die Jugendfragen in den Verbänden vorstehend und den Bezirksverbänden des ADGB zu einer ständigen Einrichtung entwickelt. Die zunehmende Bedeutung, die allen Branchen der Organisierung und Erziehung der Jugend innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gewidmet wird, findet ihren Ausdruck nicht nur in dem größer gewordenen Umfang dieser Konferenzen, sondern vor allem auch durch die Ersetzung der Beratungen auf Gebieten, deren Bearbeitung in ihrer Wichtigkeit für die Gesamtbewegung erst durch die intensivere Jugendarbeit erkannt werden konnte.

Am 13. und 14. Juli fand eine solche gewerkschaftliche Jugendleiter-Konferenz in Köln statt, die mit einer Besichtigung der „Prestia“ verbunden war. Es waren 26 Vertreter der Verbände und 7 der Bezirke des ADGB, sowie vom Bundesvorstand die Kollegen Maschke und Heßler anwesend.

Ueber die Frage

„Jugendämter und Gewerkschaften“

machte Kollege Stadtrat Dittmer-Berlin die einleitenden Ausführungen. Er wies nach, in wie starkem Maße die Gewerkschaften an den Aufgabengebieten der Jugendämter interessiert sind. Sie müssen deshalb der Befehung des Vorstandes des Jugendamts größte Aufmerksamkeit widmen und selbst Vorschläge machen. Mancher Jugendliche kann vor der Anstaltsfürsorge-Erziehung bewahrt werden, wenn verständnisvolle Mitarbeiter den häufig ausfallenden finanziellen Gesichtspunkten die der sozialen Fürsorge und Pädagogik entgegenstellen. Auf die Beschaffung und Ausgestaltung von Jugendherbergen, Bibliotheken, Jugendheimen, Spielplätzen und auch bei der Vergebung von Mitteln an Jugendvereine und für Schülerwanderungen können wir gar nicht genug Einfluss nehmen.

Die Aussprache, welche einzelne fruchtbare Wirkens gewerkschaftlicher Vertreter in solchen Körperchaften erbrachte, ergab grundsätzliche Übereinstimmung mit dem Referenten.

Zur Vorbereitung der auf dem kommenden Gewerkschaftskonferenz herbeizuführenden Stellungnahme wurde sodann über unsere „Forderungen zum Berufsschulwesen“ beraten. Hierzu referierte der Kollege Heßler. Er legte die Notwendigkeit einer reichsgerichtlichen Regelung dar und begründete besonders eingehend die Forderung nach einheitlichem Aufbau des beruflichen

Schulwesens. Das heutige System der von den Schulen erteilten Berechtigungen sei dringend reformbedürftig, eine Berücksichtigung der beruflichen Bildung müsse unbedingt erfolgen.

Die sehr lebhaft ausgesprochene Neherinstimmung mit dem Referenten und der vorgelegten Entschliessung.

Danach wurde Entschliessungen zugefimmt, von denen eine den Standpunkt der Gewerkschaften zum Berufsausbildungs-gesetz formuliert, eine andere vom Reichstag verlangt, daß bei der kommenden Beratung des Arbeitsschutzgesetzes die Jugendbeschäftigungen berücksichtigt werden und ferner eine, die sich gegen die Bestrebungen gewisser Handwerkerkreise nach Verlängerung der Lehrzeit wendet. Bei der Erörterung dieser letzten Frage, zu der Kollege Henkel-Berlin die einleitenden Ausführungen machte, wurde die interessante Tatsache festgestellt, daß einige Arbeitgebergruppen für Verkürzung der Lehrzeit eintreten, um dadurch den von ihnen befürchteten kommenden Mangel an gelerntem Arbeitskräften zu mildern. In den Berufen also, wo die Beschäftigung von Lehrlingen die von Geiellen überwiegend, wird längere Lehrzeit verlangt; ist die Lehrlingszüchterei unmöglich gemacht, so hat man an verlängerter Lehrzeit kein Interesse!

Der Konferenz wurde ferner von dem Jugenddirektor des ADGB, Kollegen Maschke, Bericht über eine Reihe wichtiger organisatorischer Angelegenheiten gegeben. Die Vorträge waren nach Schaffung eines einheitlichen Jugendführer-Ausweises, der sowohl der Reichsbahn (Fahrpreisermäßigung), den Jugendherbergen wie auch den Vereinen gegenüber legitimiert, wurden begrüßt.

Der von kommunistischer Seite veranlaßte Antrag einer örtlichen Jugendabteilung, im Zusammenhang mit dem Gewerkschaftskonferenz eine Reichskonferenz der örtlichen Jugendleiter stattfinden zu lassen, fand einstimmige Ablehnung. Die Absicht, im Herbst d. J. vom ADGB mit den Arbeitersportlern und der Sozialistischen Arbeiterjugend gemeinsam eine Kundgebung der Jugendführer dieser drei Gruppen stattfinden zu lassen, fand zustimmende Aufnahme.

Der Verlauf der Beratungen gab allen Teilnehmern die feste Ueberzeugung, daß in der Gewerkschaftsbewegung das Verantwortungsbewußtsein gegenüber der heranwachsenden Generation in steigendem Maße zu praktischen Auswirkungen kommt. Die gewerkschaftliche Jugendarbeit wird daher auch zukünftig von weiteren Fortschritten, von Ausbreitung und Vertiefung berichten können.

Arbeiterinnen in der Glasindustrie.

Seit Jahrzehnten ist die Glasarbeiterschaft aller Länder bemüht, die Beschäftigung der Arbeiterinnen in der Glashütte zu befestigen. In den allermeisten Ländern ist die Frage gesetzlich geregelt, und die Beschäftigung der Arbeiterinnen vor dem Glasofen verboten. Damit ist die Arbeit vor dem Glasofen leider nicht befestigt. Immer und immer wieder trifft man Arbeiterinnen im jugendlichen Alter an, die vor dem Glasofen als Einträgerinnen beschäftigt sind. Darüber gehen Klagen aus allen Ländern zu. Trotz Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen! Die Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen muß demnach nur mit ganz geringen Strafen belegt werden, denn sonst würden die Industriellen sich nicht sorgfältig erlauben, gegen die klaren Bestimmungen zu verstoßen. Dabei taucht die Frage auf, ob härtere Strafen Uebertretungen verhindern würden. Wir verneinen das, sind vielmehr der Auffassung, daß die Uebertretungen aus anderen Gründen geschehen. Soweit unsere Erfahrung reicht, trägt nicht allein der Industrielle die Schuld, wenn Arbeiterinnen vor dem Glasofen beschäftigt werden, sondern auch der Glasmacher, der es ablehnen möchte, zu arbeiten, wenn er mit weiblichen Arbeitskräften zur Arbeit veranlaßt werden soll. Sollten irgendwelche Differenzen sich daraus ergeben, so steht ja dem Glasmacher das Recht zu, sich auf die gesetzlichen Bestimmungen zu berufen und jeder Arbeitsausfall, der durch die Weigerung des Glasmachers entsteht, möchte dem Glasmacher durch gerichtliche Entscheidungen ausgesprochen werden. Leider wird dieser Weg nicht beschritten, weil er mit Widerwärtigkeiten für die Glasmacher verbunden ist. Der Streit, die sich daraus ergebenden Differenzen sind für ihn, dem Glasmacher, etwas Unangenehmes und deshalb wird trotz aller gesetzlichen Bestimmungen die Arbeiterin zur Arbeitsleistung in der Glashütte herangezogen.

Es ist einer modernen Zeit unwürdig, daß überall die Klagen erhoben werden, daß Arbeiterinnen zu so schwerer Arbeit herangezogen werden. In keinem zweiten Industriezweig finden wir so trübende Erscheinungen wie in der Glasindustrie, und es sind meist kleinere Betriebe, in denen jener kultur-unwürdige Zustand zu finden ist.

Die Klagen wollen nicht verstummen, daß es an jugendlichen Arbeitskräften fehlt, und sehr leicht ist den Industriellen der Nachweis, daß sie jugendliche Arbeitskräfte aus entfernteren Gegenden heranzuziehen sich bemühen; diese trotzdem nicht erhalten. Diesen Einwand wollen wir nicht bestreiten. Die Ursachen für den Mangel an jugendlichen Arbeitskräften müssen also darin liegen, daß die Arbeit zu schwer und zu schlecht entlohnt ist. Solchen Umständen kann aber begegnet werden, ohne daß man zur billigen und willigen Kraft der Arbeiterinnen greift. Wird die Arbeit der jugendlichen männlichen Arbeitskräfte ausreißend entlohnt, wird die Gesundheit nicht gefährdet und ist die Bezahlung eine gerechte, dann brauchen die Industriellen nicht aus entfernten Gegenden die jugendlichen Arbeitskräfte heranzuziehen, sondern man wird solche am Ort, oder der nächsten Umgebung finden. Nicht minder ist der Umstand von ausfallender Bedeutung, daß gerade an kleineren Orten es an ausreichenden Wasch- und Badeeinrichtungen fehlt. Umkleieräume überhaupt nicht vorhanden sind, und die jugendlichen Arbeitskräfte deshalb in ihrem schmutzigen Zustand die Fabrik verlassen müssen.

Nicht zu verstehen ist auch die Tatsache, daß die Gewerbeinspektionen die Zustimmung zur Beschäftigung von Arbeiterinnen in den Glashütten geben und ihr Verhalten damit begründen, daß der Mangel an jugendlichen männlichen Arbeitskräften besteht. Man bekämpfe die Ursachen und wird den Mangel abstellen. Die Väter der aus der Schule entlassenen männlichen Arbeitskräfte suchen Lehrstellen für ihre Kinder und wollen den Weg zum weiteren Aufstieg des Jugendlichen ebnen, finden leider keine Garantie dafür, daß die Glasindustrie diese Garantie bietet und lehnen es deshalb ab, ihre Söhne dieser Industrie anzuvertrauen. Das sind die eigentlichen Ursachen, die den Mangel an jugendlichen männlichen Arbeitskräften in der Glasindustrie herbeiführen. Wenn die Industriellen dennoch die Möglichkeit haben, die jugendlichen Arbeitskräfte aus entfernten Gegenden heranzuziehen, dann sind diese Arbeitskräfte zum überwiegend großen Teil weniger intelligent und werden damit der Glasindustrie später nicht die Dienste erweisen können, die von ihnen verlangt werden. Intelligenz und Geschicklichkeit, sowie Liebe zum Beruf bilden aber die Voraussetzungen für den Ausbau jeder Industrie. Will also die deutsche Glasindustrie lebensfähig werden, will sie sich auf dem Weltmarkt behaupten, dann muß die Arbeitskraft herangezogen werden, und sind die Mängel zu beseitigen, die den Aufstieg unmöglich machen.

Man gebe auch den jugendlichen Arbeitskräften genügend freie Zeit, um die Fortbildungsschulen während der Arbeitszeit besuchen zu können. Der Jugendliche ist abgesehen, wenn er die Schule nach getaner Arbeit besuchen soll. Seine Fortbildungsmöglichkeiten sind eingeschränkt und das Auffassungsvermögen gehemmt, wenn er ermüdet zur Schule kommt. Deshalb der jugendlichen Arbeitskräfte mehr freie Zeit.

Die Stadt Breslau wird eine Fachschule für die Glasindustrie einrichten. Die Mittel zu dieser Schule sind vom Staat und der Stadt Breslau zum allergrößten Teil bereitgestellt worden. Weibliche Körperchaften verlangen, daß auch die Industrie einen Beitrag zur Errichtung der Schulen geben soll. Es ist der Industrie leider unwürdig, daß fleißiger Streit der Industriellen bisher noch nicht zu einer Entscheidung mit Hergabe von Mitteln geführt hat. Auch die Arbeiterorganisation ist erinch worden, Mittel zu diesem Zweck bereit zu stellen, und es muß lobend anerkannt werden, daß der Hauptvorstand unseres Verbandes sofort einen nennenswerten Betrag hergab, um die neue Einrichtung ins Leben rufen zu können. Wann endlich werden die Industriellen zu der Einsicht kommen, daß die Industrie sich neue Wege zum Aufstieg ebnen muß. Überall hören wir Klagen, daß es an Absatzgebieten mangelt, daß die Preise für unsere Erzeugnisse sehr gedrückt sind. Suchen wir der Industrie neue Muster zu geben, sie durch besondere Ausführungen zu erhöhen und zu verbessern, dann werden wir auch neue Absatzgebiete finden. Nicht immer das Gleiche, sondern das Neue muß auf den Markt gebracht werden. Damit dienen wir der Industrie.

Damit eng verbunden ist die Verbesserung der Stellung der Arbeiterin. Neue intelligentere Kräfte müssen der Industrie zugeführt werden, die zum Aufstieg der Glasindustrie unerlässlich sind. Trüb, äußerst trüb sieht es in der Glasindustrie aus, wenn man die Arbeitsräume durchschreitet, und auch in den Glasbleiereien, vornehmlich beim Abköpfeln, weibliche Arbeitskräfte vorfindet. Lebhaftige Differenzen zeigen sich in der letzten Zeit und bestehen noch heute in den Glashütten Thüringens und Wagners. Immer und immer wieder wird uns berichtet, daß Arbeiterinnen in engen niedrigen Räumen beim Abköpfeln von Alabost zu finden sind. Das gesetzliche Verbot besteht, aber trotzdem schert sich der Industrielle den Duseel um gesetzliche Bestimmungen und beschäftigt Arbeiterinnen bei dieser so ungemühten Arbeit. Man zahle dem Arbeiter ausreichenden Lohn, und die Industrie wird genügend männliche Arbeitskräfte zu dieser Arbeit finden. Nicht zutreffend ist es auch, daß die weibliche Arbeitskraft bei dieser Arbeit eine höhere Leistungsfähigkeit zeigt. Im Gegenteil, der stärkere männliche Organismus ist widerstandsfähiger und wird Staub und Schmutz, der den inneren Organen durch die Arbeit zugeführt wird, leichter überwinden als der schwächere weibliche Organismus.

Wir wollen nicht behaupten, daß die Industriellen die Arbeiterinnen beim Abköpfeln wie überhaupt in den Schleifereien nur deshalb beschäftigen, weil sie diesen Arbeitskräften eine höhere Löhne zahlen können als der männlichen Arbeitskraft. Es ist aber futurwidrig, daß Arbeiterinnen beim Abköpfeln beschäftigt werden, und die Gewerbeinspektionen müssen doppelt darauf achten, daß die gesetzlichen Bestimmungen beachtet werden, und daß endlich auch die deutsche Glasindustrie sich ein Arbeitsgebiet erschließt, das für den Arbeiter nicht zur Qual wird.

Wie lange soll es dauern, daß in der Glasindustrie die Klagen verstummen und jene unhaltbaren Zustände einer Lösung entgegengeführt werden?
E. G.

Sozialpolitik, Spielwaren und Christbaumschmuck-Industrie

II.

Neben der im vorhergehenden Artikel gekennzeichneten Auffassung legt Herr Staatsrat Glöckner seine Gedanken über Sozialpolitik und Spielwarenindustrie des weiteren wie folgt nieder:

„Welche Hausgewerbetreibenden sind nun aber versicherungspflichtig?“

Die Antwort ist theoretisch furchtbar einfach, nämlich: die, die gegenwärtig 3000 RM Einkommen haben. Wer weiß das? Niemand! Der Hausgewerbetreibende liefert zu einer verschieden großen Anzahl von Auftraggebern. Diese können gar nicht feststellen, welches Einkommen ihr Lieferant hat.

Sie kennen seinen Gesamtumsatz nicht, wissen nicht, welcher Aufwand bei seinen Erzeugnissen in Frage kommt, ob er keine Materialien in größeren oder kleineren Mengen einkauft, und wieviel Arbeitskräfte er zurzeit beschäftigt. Warengewinn, Unternehmerverdienst, Einkommen durch eigene Arbeit am Stück — alles das sind für den Auftraggeber unbekannte Größen. Sie interessieren ihn auch gar nicht, da er ja in diesem Falle mit seinen Lieferanten weder einen Lohn- noch einen Werkvertrag abschließt, sondern ein Kaufgeschäft tätigt.“

Da haben wir's! „Kaufgeschäft“ also! Der Hausarbeiter wird mit dem Verleger und Großhändler von den Spielwarenindustriellen auf eine Stufe gestellt. In dieser Auffassung liegt Tödenz! Die raue Wirklichkeit sagt etwas anderes.

Der Schluß der Spielwarenindustrie muß sehr schlecht in das übliche Geschäftsgeschehen der Verleger eingeweiht sein, sonst würde er nicht feststellen, daß die Auftraggeber den Aufwand, der für ansehnliche Produkte in Frage kommt, nicht kennen? Auf den Pfennig hinaus ist in der Regel der Aufwand für Rohstoffverbrauch usw. vom Verleger festzustellen. In der Praxis ist es doch so: Beispiel: Der Auftraggeber kommt zum Hausarbeiter, um ihm einen Auftrag zur Ausführung zu überbringen. Dem Hausarbeiter wird erklärt: „Dieser Artikel kostet bei uns 5 RM.“ Kennt der Hausarbeiter einen höheren als den vom Verleger-Vertreter genannten Preis, dann bekommt er in der Regel den in Aussicht gestellten Auftrag nicht.

Es ist manchmal erstaunlich, wie der Beauftragte des Verlegers den Aufwand, der zu dem bestellten Produkt notwendig ist, in allen seinen Teilen dem Hausarbeiter vorredet. Damit ist festgestellt, daß der Verleger ganz genau weiß, wie schlecht die Entlohnung des Hausarbeiters oder Hausgewerbetreibenden ist, und er kann deswegen leicht feststellen, daß die im § 165 der A. V. festgesetzte Höchstverdienstgrenze, die gegenwärtig 3600 RM im Jahre beträgt, vom Hausarbeiter resp. Hausgewerbetreibenden nicht erreicht wird.

Die Verdienste in der Hausindustrie sind in Wirklichkeit nicht so, als daß an eine Ueberschreitung der Grenze von 3600 RM gedacht werden kann. Der Hausarbeiter untersteht also mit Recht der Krankenversicherungspflicht. Einige Beispiele aus der Christbaumschmuckindustrie als Beweis:

1. Die Einnahmen betragen 275,50 RM, die Ausgaben 240 RM. Als Lohn bleibt 35,50 RM übrig. In diesen Lohn teilen sich der Christbaumschmuckmacher, seine Frau, seine Mutter und eine erwachsene Tochter bei je 60stündiger Arbeitszeit pro Woche. Das ist ein Durchschnittsverdienst pro Person von 10 Pf.

2. Die Einnahmen betragen 208,95 RM, die Ausgaben 114,75 RM. Es bleibt ein Lohnanteil von 94,20 RM übrig. In diesen Lohnanteil teilen sich der Christbaumschmuckmacher, seine Frau, ein 22jähriger Sohn und eine 20jährige Tochter. Die Arbeitszeit beträgt je 70 Stunden, also zusammen 280 Stunden. Das ergibt einen Stundendurchschnittsverdienst von 22 Pf. pro Person.

3. Die Einnahmen betragen für eine Woche 97,02, die Ausgaben 63,17 RM. Mithin bleibt an Lohn für Mann und Frau sowie Tochter bei einer 70stündigen Arbeitszeit von 33,85 RM übrig. Das bedeutet einen Stundendurchschnittsverdienst von 16 Pf. pro Person.

4. Die Wocheneinnahmen betragen 114,35, die Ausgaben 92,26 RM. Es bleibt also ein Lohn von 22,09 RM übrig. Die Arbeitszeit beträgt je 60 Stunden. In den Lohn teilen sich der Christbaumschmuckmacher und seine Frau. Es errechnet sich ein Durchschnittsverdienst von 18 Pf. pro Person.

5. Die Wocheneinnahmen betragen 228, die Ausgaben 160,10 RM. Es bleibt an Lohn 67,90 RM übrig. In diesen Lohn teilen sich drei Christbaumschmuckmacher mit Frau bei je 70stündiger Arbeitszeit. Es kommen also sechs vollwertige Arbeitskräfte mit insgesamt 420 Arbeitsstunden für einen Lohn von 67,90 RM in Frage. Das ist ein Durchschnittsverdienst von 16 Pf. pro Person.

6. Die Wocheneinnahmen betragen 137,50, die Ausgaben 97,30 RM. Es verbleibt ein Lohn von 40,20 RM. In diesen Lohn teilen sich der Christbaumschmuckmacher, seine Frau und zwei erwachsene Kinder. Es errechnet sich ein Durchschnittsverdienst von 15 Pf. pro Person.

7. Die Einnahmen betragen 362,70, die Ausgaben 320,85 Reichsmark. Es verbleibt ein Lohn von 41,85 RM. In diesen Lohn teilen sich der Christbaumschmuckmacher, seine Frau, ein erwachsener Sohn von 23 Jahren und ein Mädchen von 16 Jahren. Die Arbeitszeit beträgt je 60 Stunden. Es errechnet sich ein Durchschnittsverdienst von 17 Pf. pro Person.

8. Die Wocheneinnahmen betragen 179,45, die Ausgaben 110,87 RM. Es bleibt ein Lohnanteil von 68,58 RM übrig. In diesen Lohn teilen sich der Christbaumschmuckmacher, seine Frau, eine Tochter von 24 Jahren und eine solche von 17 Jahren, außerdem eine fremde Hilfskraft von 18 Jahren. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt pro Person 70 Stunden. Es errechnet sich ein Stundendurchschnittsverdienst von 19 Pf.

9. Die Wocheneinnahmen betragen 380, die Ausgaben 230,80 RM. Es verbleibt ein Lohnanteil von 149,20 RM. In diesen Lohnanteil teilen sich der Christbaumschmuckmacher, seine Frau, drei eigene und drei fremde Hilfskräfte mit insgesamt 560 Arbeitsstunden. Das ergibt einen Stundendurchschnittsverdienst von 26 Pf. pro Person.

Vorstehende Beispiele können beliebig vermehrt werden. Sie beweisen, daß sich die Spielwarenindustriellen mit ihrer Behauptung, wie das aus vorstehendem Zitat hervorgeht, ins Unrecht setzen. Bei den Hausarbeitern oder Hausgewerbetreibenden kommt kein Kaufgeschäft in Frage, wie das von den Verlegern in Sonneberg hingestellt wird, sondern ein arbeitsrechtlicher Akt. In dem Produkt, das der Hausarbeiter für den Verleger herstellt, steckt ein hoher Prozentsatz Menschenrecht. Das ist in diesem Falle Arbeitskraft des Hausarbeiters und keiner Familie. Deshalb kann von einem Kaufgeschäft nach warenrechtlichen Gesichtspunkten nicht die Rede sein.

Es ist grundsätzlich falsch, wenn Arbeit ausschließlich von warenrechtlichen Gesichtspunkten aus betrachtet wird; denn Arbeit, und hier insbesondere die Heimarbeit, verdient Schutz gegen Unrecht. Gegen solches Unrecht, das sich erlaubt, den höchsten Menschenrechten einen warenrechtlichen Anstrich zu geben, „Arbeit ist und bleibt Menschenrecht, nicht Warenrecht!“
S. Glöckner.

Heidenau, Bez. Dresden.

Die Kollegen allerorts werden dringend erucht, bei Arbeitsangeboten von der Heidenauer Glashütte A. G. sich über die in diesem Betrieb bestehenden Verhältnisse bei der Abstelle unseres Verbandes, Kollegen Emil Reichel, Heidenau-Nord, Bez. Dresden, Nadelstraße 6, zu erkundigen. Wer diesen Hinweis nicht beachtet und durch Schaden klug wird, hat die Folgen seines Verhaltens selbst zu tragen.

Kleintettau.

Bei der Firma R. A. Heinz in Kleintettau, Oberfranken, sind in der Schleiferei Differenzen ausgebrochen. Die Firma ist mit Arbeitsgesuchen zu versehen. Kollegen, beachtet das!

Leipziger Herbstmesse.

Die Leipziger Herbstmesse wird vom 26. August bis 1. September abgehalten. Die Porzellanindustrie wird wieder eine große reichhaltige Musterchau bieten und als besonders Heftige einen „Porzellankartum“ errichten lassen.

Ein günstiges Jahr 1927.

Die Porzellanfabriken in Selb waren im Jahre 1927, vor allem im zweiten Halbjahr, sehr gut beschäftigt. Das beständige in erster Linie auch die Geschäftsaussichten der dortigen Aktiengesellschaften. Die Fabriken hatten soviel zu tun, daß sie gar nicht wußten, woher sie die Arbeiterkräfte alle hernehmen sollten. Dieser günstige Arbeitsmarktstand hielt auch noch im ersten Halbjahr 1928 an.

Die Werke suchten vielfach, auswärts Arbeiterkräfte und schickten ihre Werbeanzeigen hauptsächlich in die nahe Oberpfalz. Das Hauptkontingent an Arbeiterkräften stellte Selb und seine nähere Umgebung. Für die auswärtigen Arbeiterkräfte, vor allem für weibliche, wurden Wohnheime eingerichtet. Der größte Teil benutzt jedoch die Eisenbahn, um von der Arbeitsstelle in Selb in die Wohnorte zu gelangen. Manche Betriebe hatten trotzdem noch nicht genug geeignete Arbeiterkräfte, so daß sie Schwierigkeiten in der Produktion hinnehmen mußten.

Von den fremden Arbeiterinnen blieb nur ein kleiner Teil bei den ihnen vermittelten Beschäftigung in den Porzellanfabriken, weil viele der Arbeit nicht gewachsen waren, weil ihnen die Arbeit zu schwer war, und weil sie dafür nicht genug bezahlt erhielten. Es ist auch nicht so leicht, in den Selb Porzellanfabriken im Alltags- und bei den ausgesetzten Methoden soviel Geld zu verdienen, daß es zum Lebensunterhalt ausreicht. Nur die täglich mit den Sägen kommenden und abfahrenden Arbeiter und Arbeiterinnen ist die Tätigkeit in den Fabriken infolge der unangenehmen Eisenbahnfahrten eine ganz beträchtliche Anstrengung. Das Tageswerk vieler beginnt bereits morgens gegen 5 Uhr und endet abends gegen 7 Uhr und noch später. Dabei läßt die Ernährung noch zu wünschen übrig.

Dies hätten die Porzellanfabrikdirektoren ein großes soziales Betätigungsfeld. Sie sollten den Wohnungsbau mit fördern und außerdem in den Fabrikanlagen gutes, billiges, warmes Mittagessen und Getränke lassen und verabreichen. Die angewendeten Gelder brächten ihnen doppelte Zinsen, denn Tuberkulose und Unterernährung wirken nicht nur schädlich unter der Arbeiterkräften, sondern beeinträchtigen auch die Arbeitskraft in den Betrieben.

Die falsche Einstellung der Porzellanunternehmer in der Sozialpolitik für Spezialkräfte und Facharbeiter sowie für tüchtige Angelernte führte in Selb schon dazu, daß junge Leute gegen bestimmte Berufe eine Abneigung haben, z. B. wollen schulentlassene Jungen nicht mehr Dreher lernen, weil der Beruf mit Gesundheitsgefahren verbunden ist, weil sie nicht genügend in allen Fächern ausgebildet werden und weil die Verdienste zu gering sind, die gelernte Dreher erzielen. Es fehlt in dieser Beziehung jeder Anreiz. Diese Umstände sollten den verantwortlichen Leitern der Porzellanfabriken zu denken geben; denn tüchtige gelernte Gestaltungsfacharbeiter sind für die Qualitätsporzellanfabriken in Selb eine Notwendigkeit. Es ist nicht mehr wie früher, daß die gelernten Facharbeiter in vielen Fabriken Deutschlands arbeiten und Berufserfahrung sammeln können; der größte Teil muß heute in den Stammbetrieben viel lernen, wenn er allen Anforderungen gerecht werden will. Dazu müssen aber die Unternehmer die Vorbedingungen schaffen, aber nicht nur für männliche, sondern auch für weibliche Arbeiterkräfte, von denen immer mehr Spezialistinnen mit reicher Erfahrung gesucht und gebraucht werden.

Die Selber Kollegenchaft hätte diese für sie günstige Lage besser ausnützen sollen. Ein Teil Personal, vor allem in den Hütten, Zündereien und Brennhäusern kam nicht zu geschlossenen Aufträgen und Vorgehen, wenn es darum ging, Vorteile zu erringen. Es fehlte an zielicherem Handeln. Gerade die Arbeiterinnen, die als Arbeiterkräfte, so gesucht sind, sollten mehr und mehr erkennen, daß mit etwas Ueberlegung eine resolute Führung unter dem Händelt der Sparten, gewerkschaftlich manches erringen kann, das den Arbeiterinnen vorteilhaft wird. Die Unternehmer gewähren nichts freiwillig, alles muß ihnen im heißen Kampf abgerungen werden. Deshalb nicht alles so hinnehmen, sondern zusammenhalten und kämpfen um bessere Lebensnotwendigkeiten, um mehr Rechte. Nicht so zufrieden sein mit seinem Los, nicht so beschreiben und bedürftlos dahinleben; mehr Anforderungen an Leben stellen, ihr Selber Kollegen, das muß euch zugerufen werden in der Lage, in der ihr euch befindet. Mehr Selbstbewußtsein erkennen lassen. Vereinst seid ihr nichts, vereint alles. Darum: Einem in den Keramischen Bund im Fabrikarbeiterverband!

Entlassungen und Kurzarbeit.

In einigen Fabriken der Oberpfalz und Oberfrankens wurden in den letzten Wochen die Aufträge etwas knapper. Das veranlaßte einige Firmen zu Kurzarbeit und zu Entlassungen. Man muß ja sagen, daß dabei möglichst sozial verfahren wird, meist werden ledige Arbeiterkräfte entlassen.

Sonderlicherweise gibt es Firmen darunter, die es nicht in die Ferne schicken kommen lassen möchten, daß sie nicht mehr genug Aufträge haben, sie nehmen keine Entlassungen vor, lassen ihre Arbeiter und verteilt dadurch, daß die Arbeiter in den Genuss der Arbeitslosenunterstützung kommen. Wenn diese Maßnahmen nur 3 oder 4 Wochen gelten, mag es ja noch angehen, aber bei längerer Dauer sind die Arbeiter geschädigt.

Erzählen die Firmen nicht mehr übermäßig zu tun haben, stellt sich auch heraus, daß vor allem die Dekorationsabteilungen überheißt sind. So lange es ging, wurden immer wieder Lehrlinge angelernt und so mancherhalt Maler angelernt, nun nachdem sie angelernt haben, ist für sie als Maler keine Arbeit mehr da. Das ist nicht nur in den bayerischen Porzellanfabriken der Fall, sondern auch anderwärts. Die Lehrlingsmangel in Malerei rächt sich jetzt, leider jedoch an den angelernten Nachratern und nicht an den Firmen. Darum sollte dieser Mangel von allen Porzellanfabrikanten beachtet werden. Die jungen Leute müssen noch so vergütet den Arbeitsplatz aufgeben, aber einer neuen finden werden, ist nicht leicht. Auch wenn der Betrieb wieder in Schwung kommt, die Beschäftigten werden nicht mehr und mehr darauf drängen, daß man ihnen Lehrlinge angelernt werden, wie vornehmlich als Maler unternehmen können. Die gewerkschaftliche Wirksamkeit der Arbeiter mag sich auch in dieser Beziehung, indem der Arbeiter haben ein Recht, mitzubestimmen, wenn es um ihre Gehälter geht.

Es ist ja anzunehmen, daß noch — Herbst — die Porzellanfabriken wieder Aufträge herausbekommen werden, es wieder Betriebsbetrieb einziehen kann, läßt sich nicht voraussagen. Es wünschenswert wäre es, es kommt viel darauf an, ob die Verantwortlichen mit einer neuen Gruppe wieder verstärkte Leistungen erlangen und ob die Fabrikbetriebe Geschäfte machen und ihren Bedarf deckt.

Großabruhen.

Am vergangenen 1. März und 2. März erlitt der Sekretär Herr Dr. Hermann Direktor Herr von der Firma Schwanberg & Sohn, Kreisgerichtsanwalt der Porzellanfabrik Kahla, ein Großabruhen seine Tätigkeit für den Stahlbau und wurde auch für den neuen Kleinleber-Schmelzverein. Hierbei ist zu beachten, daß Herr Dr. Hermann keine Parteimitglied ist, sondern nur Kommissar der Stahlschmelze während der Abwesenheit der Fabrik. Da die Arbeiterkraft von der Fabrikbetriebe des Stahlbaus in Deutschland und in Großabruhen in Deutschland herangezogen ist und mit dieser Arbeitstätigkeit keine Klagen mehr zu erwarten sind, soll der Arbeiter nicht aus der Schmelze nationalistische Himmels mit Hilfe eines nationaler Schmelzvereins bestraft werden. Man glaubt wahrscheinlich, das Ansehen und die Arbeitstätigkeit des Fabrikbetriebs mit Hilfe des Herr Dr. Hermann einig propagierten

Kleinleber-Schmelzvereins bedeutend zu stärken und eine bessere Abgeltung verschaffen zu können. Die Arbeiterschaft von Großabruhen und Umgebung ist jedoch überzeugt, daß dieser Kummel nicht dem Vorkriegsstand dient und als Ausmaß einer unheilbaren Wahnvorstellung eingefleischter Kriegs- und Soldatenhändler zu bewerten ist und kann sich daher über den entfalteten Esel für eine nutzlose Sache eines Lächelns nicht erwehren.

Dagegen hat die Arbeiterschaft ein Interesse zu erfahren, ob die Generaldirektion des Kahla-Konzerns dem Sekretär Herr Dr. Hermann seine Tätigkeit während der Arbeitszeit Stahlhelmschmelze zu lassen und für den kostenlosen Aufbau des Schmelzstandes für den neuen Kleinleber-Schmelzverein Arbeitswillige zu werben und die Leute von der Arbeit abzulassen. Die Verlesung der Margarethenhütte wünscht von weiteren Befähigungen dieser Art verfehlt zu bleiben und ersucht Herrn Direktor Meise und die Generaldirektion des Kahla-Konzerns, Herrn Dr. Hermann in Zukunft nicht mehr zu beschäftigen. Dies erscheint uns so sehr zweckdienlich, da ja sonst seitens der Direktion dieses Betriebes alles geschieht, um die Arbeiterschaft jedes einzelnen voll und ganz im Interesse höchster Produktions- und Profitsteigerung auszunutzen.

Den Arbeitern der Margarethenhütte sei aber nochmals gesagt: Zeigt den Bemühungen des Herrn Dr. Hermann die kalte Schulter und verplumpt eure freie Zeit nicht mit Schmelzhandlungen und sonstigen Anträgen für Vorkänge einer verlorenen Zeit, sondern werbt für eure Organisation. Führt den letzten Unorganisierten dem Keramischen Bund zu und kämpft für weitere Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, den Ausbau der Arbeiterrechte und der Arbeiterschutzgesetzgebung und für einen dauernden Vorkriegsstand.

Selb.

Wir brachten kürzlich eine Notiz vom Ableben des Arbeitgebers-Verbandsleiters Dr. Bürgel. Darin waren lediglich Tatsachen festgehalten. In diesen Zeilen nimmt ein angeleglicher Arbeiterkorrespondent in der kommunistischen „Nordbayerischen Volkszeitung“ Nr. 177 Stellung. Da ihm sachliche Gründe zu einer Betrachtung mangeln, läßt er eine Schindenspißel vom Stapel, die auf eine besondere Veranlassung schließen läßt. Wie es in diesem „proletarischen Klassenkampfgehirn“ aussieht, davon geben die folgenden Worte Kenntnis: Daß solche Gewerkschaftsführer mit diesem Syndikat eine gute Klischee Wein nicht verschmähen! Korruption... Bonzen... Phrasen... Schmierfink... krankhafte Lust... Selbsterniedrigung... am... l... dürfen... Schwelmerien... fressen... Banst... Miffhauen... Gestank... Verhöhnung... Verräterhänden... Verderbern.

Man das für den Schreiber und die Redaktion eine Wonne sein, so im geistigen Dreck wühlen zu dürfen unter der Devise: Klasse gegen Klasse. Zum Glück steht die Selber Arbeiterschaft auf einer höheren Stufe der Moral und führt ihren Klassenkampf in erfolgreicherer Art.

Kahla A.-G.

Die Kahla A.-G. hatte am 2. August eine außerordentliche Generalversammlung wegen Erhöhung des Stammkapitals von 9 auf 12 Millionen Reichsmark durch Ausgabe von 30 000 auf den Inhaber lautenden Stammaktien à 100 RM einstimmig genehmigt. Die neuen Aktien sind ab 1. Juli 1928 einbringend.

berechtigt. Sie werden einer Bankengemeinschaft unter Führung der Direktion der Disconto-Gesellschaft billige Meinungen zu Kurze von 100 Proz. mit der Wahrgabe überlassen, sie den Aktienaktionären zum Kurze von 125 Proz. anzubieten. Auf noming 300 RM alte Aktien entfällt eine junge Aktie à 100 RM. Sämtliche Kosten bis zur Höhe von 115 000 RM übernimmt die Bankengemeinschaft, während die Summe, die diesen Betrag übersteigt, von der Gesellschaft getragen wird. Die Kapitalerhöhung dient, wie der Aufsichtsratsvorsitzende mittel in erster Linie zur Stärkung der Betriebsmittel und ferner für die allmählich fällig werdende Einzahlung von der englischen Beteiligung der Staat und Porcellan Produktion Ltd. Die Generalversammlung genehmigte ferner die Kapitalerhöhung betretenden Satzungsänderungen sowie die Erhöhung des Stimmrechts der Vorzugsaktien von drei auf vier Stimmen. An Stelle des Aufsichtsratsmitglied Alexander Löwenthal, Berlin, dem aus Gesundheitsrücksichten aus dem Aufsichtsrat zurückgetreten ist, wurde Direktor Reinhardt, Vorstandsmitglied der Mitteldeutschen Kreditbank, Berlin, dem Aufsichtsrat hinzugefügt. Vor der Kapitalerhöhung traten die Aufsichtsratsmitglieder Franz Arwig, Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft, Bankier Martin Schiff, Berlin, Bankier Dr. Georg Dirichland, Essen, Kommerzienrat Charles W. Palmie, Dresden, Fabrikbesitzer Ulrich Schweitzer, Genf, Universitätsprofessor Dr. Strupp, Frankfurt, und Fabrikdirektor Alfred Thiel, Direktor des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes Essen zurück. Sie werden jedoch mit Wirkung vom Tage der Eintragung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister dem Aufsichtsrat wieder neu hinzugefügt. Auf Anfrage über den Geschäftsgang wurde von der Verwaltung auf die im Geschäftsjahre 1927 gemachte Mitteilung hingewiesen. In dem letzten Zeitraum seien bemerkenswerte Veränderungen nicht eingetreten. Die Werke, die elektrotechnische und chemische nische Porzelle herstellen, seien weiter gut beschäftigt. Auch die Zukunft scheint für die Entwicklung als günstig angesehen werden zu können. Die Geschirrfabrik produzierenden Werke seien zur Zeit hinreichend mit Aufträgen versehen. Von der Leipziger Herbstmesse erwarte man eine weitere Belebung. Das Ergebnis des 30. September ablaufenden Geschäftsjahres der Tonwaren Fabrik Schwanberg werde voraussichtlich ein durchaus befriedigendes sein. Auch die Fabrik der Keramische Kaserne sei zufriedenstellend beschäftigt. Auf Anfrage wurde mitgeteilt, daß die englische Gesellschaft noch nicht mit eigener Produktion arbeite. Der Fabrikbau der Staat und Porcellan Produktion Ltd. schreite flott vorwärts.

Blankenhain.

Die Porzellanfabrik C & C. Carstens in Blankenhain gab Anfangs August kund, daß sie beabsichtigt, am 15. August ihren Betrieb wieder zu eröffnen. Die Maschinen wurde bereits vorher in Tätigkeit gesetzt. Die Neu eingestellten haben eine neu eingeführte Fabrikordnung zu unter schreiben und ihr Einverständnis zu einer ständigen Kündigung zu geben. Daraus geht hervor, daß die Firma ein neues Regiment einzuführen gedenkt.

Da genügend Arbeitslose am Orte sind, werden arbeitssuchende Kollegen gebeten, bei der Firma C. & C. Carstens keine Stellung anzunehmen. Vor Zugang wird gewarnt!

Wirtschaftslage in der Kalkindustrie.

Nach den Veröffentlichungen in „Wirtschaft und Statistik“ ist das Jahr 1927 für die Kalkindustrie als ein günstiges anzuzurechnen.

Das Jahr 1927 hat gegenüber den bisherigen Nachkriegsjahren die höchsten Produktionsziffern aufzuweisen. 1927 ist von den Nachkriegsjahren bisher als das günstigste anzuzurechnen gewesen. Der Abbau von Kalksteinen im Jahre 1927 hat den von 1922 um 1,39 Mill. Tonnen oder 13,6 v. H. übertroffen und ist somit die höchste Ziffer der Nachkriegszeit erreicht worden.

Im ganzen stellt sich im Jahre 1927 die Kalksteingewinnung auf 11,59 Mill. Tonnen, während im Jahre 1926 nur 8,91 Mill. Tonnen Kalksteine abgebaut wurden.

Von den abgebauten Kalksteinen wurden rund 8,4 Mill. To. oder 72,5 v. H. dem Brennprozess zugeführt und der Rest von 3,2 Mill. To. teils zu Kalksteintmehl verarbeitet, teils als Kalksteine zu weiterem Verbrauch abgegeben.

Welche Kalkprodukte von 1924—1927 hergestellt wurden, ist aus nachfolgender Tabelle zu ersehen:

	1927	1926	1925	1924
in 1000 t				
Feigkalk in Städten	3310	2650	2820	2042
Sonstiger S.üdenkalk	428	365	405	376
Gemahlener, gebrannter Kalk (Branntkalk)	917	684	657	414
Kalksteine	45	48	39	21

Zu den im Jahre 1927 hergestellten Kalkprodukten wurden 1927 noch 123 000 To. Kalksteintmehl (gemahlener Kalk) sowie 799 000 To. Kalkmehl erzeugt gegenüber 98 000 To. bzw. 651 000 To. im Jahre 1926.

Die Erhöhung des Abfahrs hielt mit der Erzeugung ziemlich Schritt. In Prozenten wurden an gebranntem Kalk 2,6 v. H. mehr, darunter an gemahlendem Branntkalk sogar 4,6 v. H. mehr als im Jahre 1926 abgekehrt.

Wie sich der Abfahrs in den Jahren 1924 bis 1927 gestaltet hat, ist aus nachfolgender Aufstellung zu ersehen:

	1927	1926	1925	1924	Zu- oder Abnahme 1927 gegen 1926 in v. H.
in 1000 t					
Gebrannter Kalk	4672	3701	3892	2815	+ 26,2
Kalksteine	44	48	32	21	- 8,3
Kalkmehl	799	661	714	476	+ 22,7
Gemahlener Kalk	13	102	122	87	+ 30,4
Kalksteine	3077	2138	2215	1560	+ 10,6

Nur ein sehr kleiner Teil wurde an das Ausland abgekehrt. Im ganzen betrug die Ausfuhr von Kalk und Kalkprodukten während des Jahres 1927 nur 88 000 To. Branntkalk = 1,9 v. H. des Gesamtjahres, 6000 To. Kalksteine = 0,2 v. H., 9000 To. Kalkmehl = 1,1 v. H. und 10 000 To. gemahlener Kalk = 1,1 v. H.

Der größte ausländische Abnehmer von Kalkprodukten waren die Niederlande, an die allein 44 000 To. Branntkalk geliefert wurden.

Die größte Steigerung des Kalkbezugs (gebrannter Kalk sowie auch Kalksteine) gegenüber 1926 ist beim Baugewerbe sowie in der Eisen- und Stahlindustrie zu verzeichnen. Bei der Eisen- und Stahlindustrie übertrafen die Bezugsmengen sogar diejenigen des Jahres 1922, welches als das günstigste Nachkriegsjahr bezeichnet wird, um 260 000 To. oder 25,1 v. H.

Auf welche einzelnen Verbrauchergruppen sich der Gesamt abfahrs im Jahre 1927 verteilte, ergibt folgende Aufstellung:

Verbrauchergruppen	Gebrannter Kalk	Kalkmehl	Gemahlener Kalk	Kalksteine
in 1000 t				
Baugewerbe	1755	—	12	402
Eisen- und Stahlwerke	1258	—	—	2146
Landwirtschaft	617	773	44	—
Kalkstofffabriken	886	—	—	—
Chemische Industrie	232	—	17	281
Zementfabriken	9	—	—	184
Kalksteinfabriken	229	—	—	—
Schmelzwerke	100	—	—	—
Sonstige Abnehmer	20	17	50	109
Ausland	89	9	10	6
Gesamt	4072	799	133	3077

Gegenüber 1913 war der Abfahrs von Branntkalk an das Baugewerbe um rund 155 000 To. = 9,7 v. H. höher, an Eisen- und Stahlindustrie aber noch um rund 240 000 To. geringer. Bei der Chemischen Industrie ist der Vorkriegsverbrauch von rund 900 000 To. erst zu 1/2 erreicht. Am stärksten bleibt der Abfahrs von Kalk an die Landwirtschaft zurück, deren Vorkriegsbezug jährlich rund 2,4 Mill. To. gebrannten Kalk, 1,6 Mill. To. Kalkmehl und rund 200 000 To. gemahlener Kalk betrug. An Branntkalk blieb der Abfahrs an die Landwirtschaft um 7,4 v. H., an Kalkmehl einschl. gemahlener Kalk um 54,8 v. H. gegenüber 1913 zurück.

Für die ersten Monate 1928 wird berichtet, daß sich die Erzeugung und der Abfahrs von Kalkprodukten auf der Höhe des Jahres 1927 gehalten, ja zum Teil diese noch überstiegen haben. Abgekehrt waren bis Anfang Mai d. J. im ganzen 1,63 Mill. To. Branntkalk, gegenüber 1,51 Mill. To. in der gleichen Zeit des Jahres 1927.

Es wäre zu wünschen, daß die günstige Wirtschaftslage in der Kalkindustrie anhält, damit auch die Arbeiterschaft, welche lange unter den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen in der Kalkindustrie zu leiden hatte, auch einmal aufatmen könnte und in der Lage wäre, die Lohn- und Arbeitsbedingungen, soweit sie noch verbesserungsbedürftig sind, besser gestalten zu können.

Es wird aber auch an der Arbeiterschaft selber liegen, inwieweit sie zu letzteren in der Lage ist. Noch ist vieles im puncto Organisationsverhältnisse zu verbessern. Jeder einsichtsvolle Kollege muß hier mithelfen. Auch der letzte Kalkarbeiter muß der Organisation zugeführt werden. Je fester und geschlossener das Gefüge der gewerkschaftlichen Organisation ist, desto ruhiger können die Kalkarbeiter auch einmal minder guten Zeiten entgegensehen.

Baugewerbe.

Bei dem furchtbaren Unwetter, das Oberfranken am 5. August heimuchte, wurden auch die Ehornsteine zweier Ziegeleien in Bayreuth vom Sturm geknickt und umgelegt. Es dadurch eine Betriebsstörung eintritt, konnten wir nicht in Erfahrung bringen.

Geschäftslage.

Anfangs August wird über das Baugewerbe von einer fortwährenden Belebung berichtet. Von der Zementindustrie heißt es, sie sei betriebsmäßig beschäftigt, nur der Kalksteine etwas zu wünschen übrig. In den Ziegeleien sei der Abfahrs unzureichend, die Beschäftigung aber befriedigend.

Werkenswertes Urteil für die Zementwaren- und Kunststeinindustrie.

In der Zementwaren- und Kunststeinindustrie bestand neben dem geltenden Reichstarifvertrag ein Abkommen, welches befristet die Arbeitszeit und die Zuschläge für Überstunden anders regelte als der Reichstarifvertrag.

Dieses Nebenabkommen wurde zum 1. Juli 1927 von Arbeitnehmerseite gekündigt und verlangt, daß die Bestimmungen des Reichstarifvertrages wieder in Geltung treten.

Die Arbeitgeberseite weigerte sich, dem nachzukommen und berief sich auf das in Kraft getretene Arbeitszeitgesetz. Entsprechende Verhandlungen hierüber führten zu keiner Verständigung.

Die Arbeitgeberseite rief darauf hin das Reichsarbeitsministerium an, um eine Entscheidung auf Grund des § 6 a des Arbeitszeitgesetzes herbeizuführen. Der vom Reichsarbeitsministerium bestellte Schlichter fällte am 8. Juli eine Entscheidung, die gemäß § 6 a endgültig und bindend war. Die Entscheidung ging dahin, daß die Bestimmungen des Reichstarifvertrages nach Ablauf des Sonderabkommens wieder aufleben und zu Recht bestehen und daher kein Mann vorhanden sei, eine andere bindende Regelung zu treffen.

Die Arbeitgeberseite betrachtete diese Entscheidung als Rechtsbruch und erhob Beschwerde beim Reichsarbeitsministerium. Die Beschwerde als solche wurde abgelehnt und der Entscheid des Schlichters als zu Recht bestehend bezeichnet.

Trotzdem weigerten sich viele Arbeitgeber, die Zuschläge für Überstunden gemäß des Reichstarifvertrages zu zahlen und hielten sich dabei vorwiegend auf § 4 des Arbeitszeitgesetzes. Eine Klage der Zahlstelle Berlin hatte keinen Erfolg.

Da die Streikfrage der Bezahlung der Überstunden jedoch immer schärfere Formen annahm, trafen die Tarifkontrahenten am 5. Januar 1928 eine Vereinbarung, wonach die Bestimmungen des Reichstarifvertrages Geltung haben sollten in den Fällen, wo bisher kein Streit bestand. Ueberall da, wo Streit über die Bezahlung der Überstunden entstand, soll ein unparteiliches Kollegium entscheiden.

Der Entscheid der Unparteilichen war aber auslegungsfähig, und jeder Arbeitgeber legte diesen zu seinem Gunsten aus. Der Antrag der Arbeitnehmer, den Entscheid an Grund der bestehenden tatsächlichen Streitfälle eine Auslegung zu geben, wurde arbeitgeberseits bekämpft. Nunmehr stellte sich die Arbeitnehmerseite auf den Standpunkt, daß, wo die Auslegung und somit die Durchführung der Entscheidung des Unparteilichen der einen Partei unmöglich gemacht wird, dieser Entscheid auch keine Geltung und Wirksamkeit haben könne.

Erneut wurde Klage beim Arbeitsgericht Berlin erhoben; darauf ist die Klage erster Instanz von Arbeitnehmerseite gewonnen worden.

Das Urteil besagt ausdrücklich, daß der Entscheid des Schlichters vom 8. 7. 1927 bindend und daher zwingend ist.

Der Reichstarifvertrag § 4 besteht zu Recht; es müssen alle geleisteten Überstunden nach den Sätzen des Reichstarifvertrages bezahlt werden.

Wohl ist das Urteil berufungsunfähig, es besteht jedoch kaum ein Zweifel, daß auch die übergeordneten Instanzen das Urteil bestätigen werden.

Unsere Kollegen in der Kunststeinindustrie tun gut, in allen Fällen, wo ihr geleistete Überstunden der tarifliche Zuschlag von 25 Proz., 33 1/2 Proz. und 50 Proz. nicht zur Auszahlung kam, sofort die Nachzahlung zu fordern und im Verweigerungsfall der Branchenleitung Grobberauf, Berlin-Charlottenburg, Brackstr. 2-5, Mitteilung zu geben.

Ziegler-Spisezettel.

In der Verbandszeitung des Zieglerverbandes deutscher Zieglermeister, „Der Meister und Betriebsleiter“ Nr. 12 vom 18. Juli d. J. lesen wir folgenden Spisezettel, den die Verbandszeitung einer Zieglerlei in Westfalen dem Meister unterbreitet haben soll. In dem Fragelasten genannter Zeitung heißt es:

„Dem Meister einer Zieglerlei in Industriegebiet wurde seitens der Verbandszeitung zur Anerkennung der Durchführung und Lieferung für täglich 65 Pf. folgender Wochenspisezettel vorgelegt:

Mittags:
 Sonntag: Suppe, Rindfleisch (gebraten), Kartoffeln mit Sauce.
 Montag: Grüne Bohnen mit hiesigem frischen durchgewachsenen Speck.

Dienstag: Erbsen mit Wurst,
 Mittwoch: Rindfleisch (gebraten),
 Donnerstag: Weiße Bohnen mit hiesigem, frischen durchgewachsenen Speck (gebraten).
 Freitag:
 Sonnabend: Binsen mit hiesigem, frischen durchgewachsenen Speck (gebraten).

Abends:

Montag: 1/2 Liter Vollmilch mit Reis gefocht.
 Dienstag: 1/2 Liter Vollmilch mit Grieß gefocht.
 Mittwoch:
 Donnerstag: 1/2 Liter Vollmilch mit Budding.
 Freitag: 1/2 Liter Vollmilch mit Sago gefocht.
 Sonnabend: 1/2 Liter Vollmilch ungefocht.

Es wird um Beantwortung der Frage aus den Kreisen der Kollegen gebeten, ob diese Kost für den Preis von 65 Pf. pro Tag zu liefern ist, wobei das Bereitstellen von Wasser für den ganzen Tag noch zu berücksichtigen ist, an den die Verbandszeitung bei der Aufstellung des Spisezettels gar nicht mal gedacht hat, der aber doch kostenlos nicht bereit zu halten ist.

Soweit der Bericht. Es freut uns, wenn die Kollegen sich dazu aufraffen, nicht nur jeden Tag Erbsen und Speck, sondern eine abwechslungsreiche Kost im Laufe der Woche zu haben. Warum soll auch der Ziegler nicht des Sonntags und Mittwochs gebratenes Rindfleisch essen können. Ob eine solche Kost für 65 Pf. pro Tag zu liefern ist, ist eine Frage, die nicht so leicht auf Grund des obigen Spisezettels zu beantworten sein wird. Es kommt nämlich sehr viel darauf an, wieviel Fleisch, Speck, Bohnen, Kartoffeln usw. pro Person gebraucht wird. Insofern hat der obige Spisezetteln gewisse Unklarheiten und wird eine einverständliche Beantwortung obiger Frage schwerfallen. Aber nicht nur allein die Zieglermeister haben ein Interesse an der Beantwortung, sondern auch wir als Ziegler haben das gleiche Interesse an der Frage, ob für 65 Pf. für eine Person das Essen geliefert werden kann. Nachricht von Kollegen an unsere Adresse ist uns über obige Frage sehr erwünscht.

Kloster Defra.

In Kloster Defra bei Themar ist sich das Unternehmertum im Kampf gegen die Arbeiterchaft einig. Wenn ein Arbeiter für den Verband strebt und seine Kollegen vertritt, kann er sicher sein, daß die Unternehmer dort alles versuchen, ihn das Leben sauer zu machen. Unser Kollege Scherer mußte das auch fühlen. Im April wurde er in der Porzellanfabrik entlassen und fand keine Arbeitsstelle in einer Ziegerei. Die Ziegelermeister erklärten sich mit dem Porzellanfabrikanten nicht einverstanden, und stellten Scherer nicht ein. Er soll ausbleiben dafür büßen, daß die dortige organisierte Arbeiterchaft ihre Tarifrechte verlor und nicht mehr wie vordem als unorganisiert unter Tarif arbeitete.

Die Arbeiterchaft hat allmählich eingesehen, daß es besser ist, sich zu organisieren; denn wenn sie vorher zu Stundenlöhnen von 40 bis 50 Pf. arbeiten mußte, bekommt sie nun 60 bis 65 Pf. und Urlaub, sowie weitere Rechte. Das Zahlen von Verbandsbeiträgen brachte also gute Folgen. Nur ein Betrieb macht noch eine Ausnahme in der Urlaubsfrage, und zwar die Dampfziegelei Varel.

Im Kampf gegen den Verband tut sich noch besonders Müller aus Themar, der letzte Meister der Dampfziegelei Varel, hervor. Er erklärt alljährlich seinen Vorgesetzten: „Wenn ein Vorarbeiter Scherer nicht in der Fabrik wäre, würde ich die Fabrik verlassen.“ Die Drohungen verlangen nicht mehr. Müller wird sich an die Dinge gewöhnen müssen. Es haben schon ganz andere Schmarotzer wie er sich umstellen müssen. Das ist der Zeiten Lauf. Die Dinge ändern sich. Die Arbeiterchaft befreit allmählich, daß es keinen Anreiz für sie hat, wenn der Unternehmer gelegentlich einmal ein Hoch Bier spendiert, solange sie unorganisiert ist. Der Rückhalt der Organisation ist besser als Treibholz des Unternehmers. Darum, Zieglerkollegen, haltet fest zur Organisation. Stellt euch dem Unternehmertum geschlossen gegenüber und verschafft euch durch eure Einigkeit Respekt. Der Sieg ist auf eurer Seite, wenn ihr zusammenhaltet.



Beachte die Unterstützungseinrichtungen Deines Verbandes!

bewegung, an der große Teile der Stadt Vendorf Anteil genommen haben.

Zuerst und erhebend wurde die Tagung eingeleitet von zwei Gesangschören, die für die vortragenden Sänger und ihren Dirigenten, Herrn Chorleiter Otto Euler, Vendorf, das Zeugnis ablegten, daß wirklich erhebende Gesangsleistung in den Arbeiterchören gepflegt wird. Im weiteren Verlauf der Tagung hatten die Delegierten Gelegenheit, noch mehr Vortragskunst zu erleben, die von Herrn Hans Pfanz und Fräulein Trutzel Christmann, beide vom Stadttheater in Koblenz, dargebracht wurde. Alle Teilnehmer waren wohl eins mit unserem Sebastian Prüll, als er in der Festansprache ausrief: „So feiern wir heute, sie erlösen uns auf kurze Zeit von der Last des Alltags und erheben uns in die Sphären der hohen reinen Menschlichkeit.“

Von erhabenem Ernst und Zukunftssinnlichkeit war der Verlauf der Konferenz getragen. Kollege G. H. Vendorf erhellte die Willkommensformalitäten. Er begrüßte die erschienenen Delegierten und Gäste, n. a. den Vertreter des Hauptverbandes Kollegen Prüll, der an Stelle unseres verehrten Führers August Vrey, der leider wegen anderer dringender Dienstverpflichtungen nicht kommen konnte, erschienen war; ferner den Vertreter der Stadt Vendorf, Herrn Bürgermeister Verner, sowie den Vertreter des A. O. V., Bezirk Koblenz, Kollege Dollé und den Vertreter des Ortsausschusses Vendorf, Kollegen Scherber. Redner legte dann in kurzen Zügen die Lage der Arbeiterchaft in der Zahlstelle dar. Die Stadt Vendorf hat nach der Ruhrbesetzung am Rande des Ruins gestanden und auch heute ist noch eine fürchterlich große Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, so daß die Stadt zum Notstandgebiet zählt. Auch in neuerer Zeit hat die Arbeitslosigkeit wieder zugenommen, so daß die örtliche Organisation sich nur mühsam vorwärts entwickeln konnte. Im Namen der Stadt sprach Herr Bürgermeister Verner die Begrüßungsworte. Aus den Ausführungen erklang das gemeinsam getragene Leid der Bevölkerung und die Not einer rheinischen Stadt, die zum Erdrücken groß war, als die Kubration sich abspielte. In aufrechten feierlichen Worten prägte der Bürgermeister den Satz, der ihn, vor allem aber die Arbeiterchaft ehrt: „Die Arbeiterchaft ist es gewesen, die in der schwersten Zeit der Stadt die besten Dienste geleistet hat.“ Der Gauleiter, Kollege Wirth, entrollte dann die Entwicklungsgeschichte des Gaus, der aus sehr feinem Boden zum starken Stamm mit vielen kräftigen Zweigen herangewachsen ist.

Die Konstituierung der Leitung der Konferenz ergab als Vorsitzende Wirth, Köln und Müller, Vendorf. Als Schriftführer Storch, Wiesdorf und Pfisters, Krefeld. Die Mandatsprüfungskommission setzt sich zusammen aus G. H. Vendorf, Kurz, Andernach und Palker, Köln. Kollege Wirth nahm hierauf das Wort zu einer Erklärung. In der Kommunistenpresse ist einer der berüchtigten Lügenartikel gegen die Gewerkschaften erschienen. Es wird dort behauptet, der Bezirksführer des Verbandes der Fabrikarbeiter von M. Gladbach habe ein Rundschreiben verfaßt, nachdem die Gauleitung Anweisung gegeben haben soll, zum Gewerkschaftsfongress keine Urwahlen vorzunehmen, weil die Sache zu teuer sei. Von der Gauleitung ist weder eine derartige Anweisung ergangen, und was das schändlichste ist, in M. Gladbach gibt es überhaupt keine Zahlstelle unseres Verbandes, viel weniger eine Bezirksleitung noch einen Geschäftsführer.

Aus dem Geschäftsbericht des Gauleiters, Kollegen Wirth, war folgendes zu entnehmen: In der Berichtszeit — die letzte Konferenz fand 1925 statt — haben sich die Folgen der Wirtschaftskrise ausgewirkt. Große Scharen von Arbeitslosen waren zu verzeichnen, die durch die sogenannte „Nationalisierung“ stark vermehrt wurden. In der Zementindustrie findet die Maschine in immer größerem Ausmaß Anwendung. Eine Maschine stellt täglich 40.000 Steine her, gegen 1000 Steine, die ein Handarbeiter in 10 bis 11 Stunden macht. Das Gangebiet als „Grenzland“ wurde von den Stilllegungen und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit besonders hart betroffen. Im zweiten Halbjahr 1923 belebte sich die Konjunktur. Die Hochkonjunktur, die sich entwickelte, war für die Unternehmer eine Glimpunktkonjunktur. Für die Arbeiterchaft war der „Gewinn“ aus der Nationalisierung und Hochkonjunktur eine größere Arbeitsleistung und größere Gefährdung der Existenz.

Für die Organisation ergab sich aus diesen Verhältnissen zunächst das Bestreben, das Erreichte zu erhalten. In den Zahlstellen erforderte die starke Arbeitslosigkeit eine ausgedehnte Fürsorgetätigkeit für die Erwerbslosen. Das Erreichte konnte erhalten werden bis auf einen geringen Abbau in der Zementindustrie. Mit der Besserung der Konjunktur begann der Aufstieg. Die Tariflöhne sind um 8 bis 10 Proz. erhöht worden. In der Papierindustrie ist das Dreischichtensystem wieder eingeführt worden, wobei ein Lohnausgleich erzielt wurde. Im allgemeinen hält unser Verband jeden Vergleich mit den Vertretern anderer Organisationen aus. Wir können uns damit zufrieden lassen. Zwei Lohnstände mit Arbeitszeitverkürzung wurden geführt, in der Zementindustrie in Vendorf und in der Kunststeinindustrie. Die gleiche Erhöhung der Tariflöhne bei Lohnrückstellungen ist anzustreben, wie es in der chemischen Industrie bereits der Fall ist. Lohnfragen sind Nachfragen. Zur Stärkung der Macht der Organisation gehört rege Mitarbeit aller Funktionäre und Mitglieder.

Mit rund 84.000 Flugblättern und 10.000 Broschüren ist das Wissen gefördert und die Werbung belebt worden. Durch Hausagitation wurde versucht, die Frucht der ausgetretenen Saat zu ernten. In einer Anzahl von Zahlstellen ist das neue. Die Mitgliederzahl stieg von 10.938 auf 14.791. Die Beitragsleistung hat sich verbessert, es muß jedoch angestrebt

Aus dem Verbandsleben.

Gaukonferenz des Gaus I Hannover.

Die Konferenz, die von 58 Delegierten, dem Kollegen Großmann, als Vertreter des Hauptverbandes, dem Kollegen Hoffmann-Düsselborf, als Branchengauleiter für die Glasindustrie und 4 Gauvorsitzenden besucht war, wurde am 28. Juli, nachmittags 4 Uhr, im „Sollinger Hof“ in Fürstenberg/Wezer durch zwei stimmungsvolle Liebesvorträge des Arbeiter-Sängerbundes eingeleitet. Der 1. Bevollmächtigte, Kollege Lehmann, der die Grüße der Zahlstelle Fürstenberg überbrachte, gab einen historischen Überblick über die Entstehung der weltbekannten Porzellanfabrik. Die Wünsche der Gemeinde für ein gutes Gelingen der Konferenz überbrachte der Gemeindevorsteher.

Den Geschäftsbericht über die verfloffenen 3 Jahre gab der Kollege Scheinhardt. Er berichtete über eine gute Aufwärtsbewegung im Gau. Die Mitgliederzahl ist in den letzten drei Jahren von 30.000 auf 41.000 gestiegen. Erzentlich ist, daß auch in der Beitragsleistung der Mitglieder weitestgehende Fortschritte gemacht sind. Im II. Quartal 1923 waren pro Mitglied 10,7 Beiträge geleistet worden, dagegen im II. Quartal 1928 12,4. Die Nachwehen der Inflation sind voll und ganz überwunden. Das Ueberführen der Verwaltungsstelle aus dem Glas- und Porzellanarbeiterverband vollzog sich ohne jede Reibung; denn alle Beteiligten hatten ein Interesse daran, daß das große Werk des Zusammenschlusses der drei Verbände in keiner Weise getrübt würde. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands ist im Wirtschaftsgebiet Hannover-Süd die stärkste Arbeitnehmerorganisation.

Auf dem Gebiete des Tarifwesens wurden gute Fortschritte gemacht. Selbst das Krisenjahr 1925/26 konnte unsere Stellung nicht erschüttern. Die Angriffe, die auf den tarifmäßigen Stundenlohn gemacht sind, wurden mit Erfolg abgewehrt. Vereits vor Inkrafttreten des neuen Arbeitszeitgesetzes war in der Papierindustrie durch unser Wirken überall die achtstündige Arbeitszeit durchgesetzt. In Salzheimendorf mußte hart gekämpft werden um die Anerkennung unseres Verbandes. Nach einem zehnwöchigen Kampfe war der Sieg auf Seiten der kämpfenden Kaluarbeiter. Erfolgreich konnte auch der Kampf in der Porzellanindustrie beendet werden. In das Kampfjahr 1927 schloß sich das Jahr 1928 an. Die Kämpfe in diesem Frühjahr trafen gegenüber den im vorhergehenden Jahre nicht zurück. Die erkämpfte Lohnrückzahlung für unsere Mitglieder innerhalb des Gaus I betrug in diesem Jahre zirka 11 Millionen Reichsmark. Dort, wo auf friedlichem Wege eine Einigung mit den Arbeitgebern nicht erzielt werden konnte, mußte zum letzten gewerkschaftlichen Mittel gegriffen werden. Wenn alle unsere Mitglieder im Laufe der kommenden Zeit genau so ihre Pflicht tun wie bisher, so werden wir auch künftig über gute Erfolge berichten können.

Die Aussprache, die sich an den Geschäftsbericht anknüpfte, war eine recht lebhaft. Hervorgehoben werden muß, daß der Kollege Großmann vom Hauptverband die Kollegen aufforderte, in der Jugend- und Bildungsfrage etwas mehr zu leisten als bisher.

Ueber den Bundesstag in Leipzig referierte der Kollege Haberhausen. Der Redner gab einen Überblick über die Konferenzen der einzelnen Branchen, welche dem Bundesstag vorgegangen sind und einen Bericht über den Bundesstag. Alle Hemmnisse und Hindernisse, welche der Versammlung im Wege gestanden hätten, seien überwunden. Auch auf dem Bundesstag habe man anerkennen müssen, daß das große Werk der Verschmelzung gelungen sei.

Am zweiten Verhandlungstage gab der Kollege Veyer-Geslar den Bericht vom 16. ordentlichen Verbandstage in Hannover. Er betonte, daß der Verbandstage große Arbeit geleistet habe. Infolge der Veränderung in der Wirtschaft und Technik sei es notwendig gewesen, die Invalidenunterstützung innerhalb unseres Verbandes einzuführen. Dieser neue Unterhaltungs-zweig ist auf dem Verbandstage mit großer Mehrheit beschlossen.

In der anschließenden Diskussion wurde von allen Rednern hervorgehoben, daß es notwendig sei, die Beschlüsse des Verbandstages in den einzelnen Zahlstellen restlos durchzuführen. Die Beitragserhöhung, die der Verbandstage gebracht hat, machte sich notwendig durch die Einführung der Invalidenunterstützung. Es müsse aber Aufgabe aller derjenigen Kollegen sein, die im Besitz ihrer Arbeitskraft sind, für die älteren Kollegen zu sorgen, die nicht mehr in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

In den Verbandsbeiträgen wurden gewählt die Kollegen: Cantenius-Hannover, Ebert-Minden, Voß-Lübbecke, Richter-Gronau, Pfister-Stadtlohnendorf. Die ersten drei Mitglieder gelten als endgültig gewählt. Sollte der Gau I Anspruch auf einen vierten Sitz haben, so gilt auch der Kollege Richter als gewählt und der Kollege Müller als Ersatzmann. Folgende Orte sollen in den Gaubeiträgen einen Vertreter entsenden: Hannover, Hilbesheim, Braunschweig, Lachendorf, Esnabrück, Fürstenberg und Vienenburg. Als Ort der nächsten Konferenz wurde Telle bestimmt. Mit einem Dank an die Fürstenberger Kollegen und an die gesamte Einwohnerchaft Fürstenbergs für den freundlichen Empfang wurde die Konferenz geschlossen.

Gaukonferenz für den Gau 14 Köln.

Die am 29. und 30. Juli in Vendorf a. Rh. abgehaltene zweitägige Konferenz für unseren Gau, die zugleich eine Jubiläumstagung war zum 25-jährigen Bestehen des Gaus, gestaltete sich zu einer erhebenden Kundgebung für unseren Verband und darüber hinaus für die gesamte Arbeiter-

werden, den statutenmäßigen Beitrag zu erheben. Im Oster...

Dem Geschäftsbericht folgte eine rege Aussprache, an der...

Anschließend referierten die Kollegen Kuhnert über den...

Den Höhepunkt erreichte die Tagung durch das Referat des...

Die Gewerkschaftskongresse haben schon vor Jahren über...

Die Wirtschaftsdemokratie ist nur möglich im kapitalistischen...

Die Anfänge der Wirtschaftsdemokratie sehen wir in den...

Die neuzeitliche Konzentration des Kapitals bringt die Um...

Die Wirtschaftsdemokratie ist ein höherer Kulturzustand wie der...

Durch starken Beifall dankte die Konferenz dem Referenten...

Bezirkszahlstellenkonferenz in Höhr-Grenzhausen.

Am 29. Juli hielt die Bezirkszahlstelle Höhr-Grenzhausen...

- Die Tagesordnung lautete wie folgt: 1. Geschäfts- und Tätigkeitsbericht...

Kollege Hehr eröffnete die Konferenz um 10 Uhr...

Der Bericht über den 16. ordentlichen Verbandstag in...

Mitarbeit und hat, dafür Sorge zu tragen, daß nunmehr die...

Die einzelnen Lohnbewegungen in den Gebieten bewegten...

Besonders hingewiesen wurde noch auf die Schwierigkeiten...

Auch in den Bleistiftwerken in Birges wurde Antrag...

Für die Fein- und Grobkeramische Industrie von Höhr...

Eine unangenehme Erscheinung in der Berichtszeit war ein...

In der Berichtszeit fanden außerdem drei Bezirksvorstands...

Der Entwicklung des Bezirks konnte bekanntgegeben werden...

Ein wichtiges Kapitel bedeutet besonders in unserem Bezirk...

Die einstündigen Ausführungen des Kollegen Otto an Hand...

Nach der Mittagspause gab der Kollege Seeger in 1 1/2...

Unter Punkt Verschiedenes wurden einzelne Anträge von...

Generalversammlungsbericht, Dresden

Die Generalversammlung des Fabrikarbeiter-Verbandes...

Es wurden behandelt: 1. Geschäfts- und Kassenbericht für...

Trotzdem die Tarif- und Lohnbewegungen fast aller Indu...

Erzweiligerweise konnte auch in genanntem Quartal eine...

An Streikunterstützung wurden im vergangenen Quartal...

Die im Quartal durchgeführten Wahlen zum Verbandstag...

Zur Ersatzwahl für das ausgeschiedene Ortsverwaltungs...

Der Bericht über den 16. ordentlichen Verbandstag in...

Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden Kollegen Drey, sowie...

Die gestellte Vertrauensfrage des Vorstandes, sowie die...

die Jugendfrage und das Referat über Entwicklung des...

Die Einführung und Gestaltung der Invaliden-Unterstützung...

Ueber 250 Anträge aus den Zahlstellen und der Statu...

Der Referent bezeichnet die Arbeit des Verbandstages...

Literarisches.

Eigenschaftsbestimmungen der Töne. Von Ernst B. B. Roth...

Es ist tatsächlich zu bezweifeln, daß hier ein wissenschaftlich...

Eine sehr wertvolle Zusammenstellung der wichtigsten Literatur...

Es ist tatsächlich zu bezweifeln, daß hier ein wissenschaftlich...

Das neue Heft erscheint als Nr. 14 der bekannten Reihe von...

Drei Tage durch das „Neue Wien“, für einzelne Personen, die...

Die Bezirkszahlstelle Gronau-Alfeld sucht zum möglichst...

Die Bezirkszahlstelle Gronau-Alfeld

Sucht zum möglichst sofortigen Eintritt, spätestens jedoch...

Geschäftsführer.

Der Bewerber ist ein selbstgeschriebener Lebenslauf unter...

Voraussetzung für die Bewerbung ist eine mindestens zehn...

Kenntnis der Sozialgesetzgebung und des Arbeitsrechts i...

In der Zahlstelle ist hauptsächlich Kalk-, Ziegel- und...

Die Anstellung erfolgt nach dem vom Verbandstag be...

Bewerbungen sind bis spätestens zum 31. August einzu...

Arbeitsmarkt.

Steingutfabrik Willeroy & Koch, Septfontaines bei...

Farbenglasschmelzer für die Anfertigung von farbigen...

Gelehrter Porzellanmaler mit guter Praxis in Kalkmalerei...

Lüchtiger Einbohrer, der auf Polieren und Bodenschleif ein...

Komplette Werkstelle auf Flächen sucht Stellung durch...

Salenmachergehülfe sucht sofort oder später Beschäftigung...

Verlag: Albin Karl, Charlottenburg, Brahestr. 2-6. Verantwortlich...